

Beschluss:

Ratsherr Jahner fragt angesichts der eklatant gestiegenen Fehlzeiten (Seite 6 des Berichts) nach, ob ein Betriebliches Gesundheitsmanagement etabliert sei und welche Maßnahmen getroffen werden, um den hohen Fehlzeiten zu begegnen. Er weist auf verfügbare Fördermittel und die Möglichkeit einer kostenlosen Unterstützung der Krankenkassen, insbesondere bei Beratung und Analyse, hin.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras gibt an, zu der Thematik in regelmäßigen Diskussionsrunden mit dem Personalrat zu stehen. Es gibt seit ca. 1 Jahr eine Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement, die bislang allerdings kaum umgesetzt werden konnte.

Es besteht Einvernehmen dahingehend, dass ein Betriebliches Gesundheitsmanagement nicht ohne zusätzliche Kapazitäten umgesetzt werden kann.

Ursächlich für die Fehlzeiten sind insbesondere Einzelfälle von Langzeiterkrankungen. Zunehmend handelt es sich um psychische Erkrankungen. U. A. können die Langzeiterkrankungen auf Überbelastungen und die hohe Altersstruktur zurückgeführt werden.

Frau Heidebrecht-Rüge vom Personalrat berichtet, dass ergänzend eine Dienstvereinbarung zum Umgang mit Überlastungsanzeigen auf den Weg gebracht worden ist. Das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement zeige wenig Wirkung. Das Hamburger Modell wird regelmäßig praktiziert.

Rastherr Kühl erklärt, die Krankenquote sei mit 6,3 % im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft sehr hoch.

Ratsherr Kluckhuhn stellt in Frage, ob sich die Aufgabe des Hauptausschusses darauf beschränken muss, den Bericht nur zur Kenntnis zu nehmen. Ggf. kann eine Zielvereinbarung mit der Verwaltung getroffen werden. Zur Zielerreichung könnte dann in regelmäßigen Abständen berichtet werden.

Die Verwaltung wird gebeten, dies zu prüfen, und dem Hauptausschuss dazu Vorschläge zu unterbreiten.

Es erfolgt Kenntnisnahme.